



Presseschau vom 31.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Deutsche Politik und Medien: Doppelmoral im Fall Assange und Nawalny**

Während der Staatsfeind Nummer eins der USA weiterhin im Hochsicherheitsgefängnis von Belmarsh in Isolationshaft auf Aufmerksamkeit hofft, bekommt ein anderer Dissident gar nicht genug davon. Julian Assange und Alexei Nawalny – ein Blick auf westliche Doppelmoral. ...

<https://kurz.rt.com/2gw6>

Natalia Pawlowa: **Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und die Illusion europaweiter Sicherheit**

Am 31. März vor 30 Jahren wurde die militärische Struktur der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) abgebaut und am 1. Juli vollständig aufgelöst. Alexej Gromyko, Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, erzählt über die Lehren aus der Geschichte. ...

<https://snanews.de/20210331/zusammenbruch-des-warschauer-paktes-1510343.html>

Maria Müller: **Argentinien: Hoffnungsvolle Immunreaktion nach erster Sputnik-V-Dosis erlaubt neue Impfstrategie**

Die Regierung Argentiniens verkündete vor wenigen Tagen, ihren Impfplan ändern zu wollen. Bislang vorgesehene Zweitimpfungen mit dem russischen Vakzin Sputnik V würden wegen hoffnungsvoller Immunreaktion auf Erstimpfung nach hinten verschoben. ...

<https://kurz.rt.com/2gv9>

Bolle Selke: Krankhaushygieniker: FFP2-Maskenpflicht „gefährdet die Bevölkerung“

Nach bayerischem Vorbild gilt ab dem heutigen Mittwoch auch in Berlin eine FFP2-Maskenpflicht im öffentlichen Raum. Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene warnt, dass eine derartige Regel nicht nur nicht nütze, sondern sogar die Bevölkerung gefährde. ...

<https://snanews.de/20210331/ffp2-maskenpflicht-gefaehrdet-bevoelkerung-1514210.html>

abends/nachts:

de.rt.com: Kreml: Putin wird USA nicht erlauben, aus einer Position der Überlegenheit mit Russland zu sprechen

Russland wird es den USA nicht erlauben, aus einer Position der Überlegenheit heraus zu sprechen. Dies erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow. Jetzt sei es wichtig, eine weitere Verschlechterung der Beziehungen nicht zuzulassen. Man müsse das Verhältnis wiederbeleben.

In einem Interview für die Moskauer Zeitung Argumenty i Fakty erklärte Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, man werde die USA mit Russland nicht aus einer Position der Überlegenheit sprechen lassen:

"Niemand wird den USA erlauben, aus einer Position der Stärke heraus mit Russland zu sprechen. Es ist unmöglich. Die US-Amerikaner wiederholen jetzt wie ein Mantra, sie würden mit jedem aus einer Position der Stärke sprechen. Weder Putin noch sonst jemand in der russischen Regierung wird den US-Amerikanern oder sonst jemandem erlauben, so mit uns zu sprechen. Dies kommt nicht in Frage."

Als Peskow jedoch gefragt wurde, ob es möglich sei, die diplomatischen Beziehungen zu Washington abzubrechen, antwortete der Kremlsprecher, über solch extremen Szenarien wolle er nicht sprechen. Peskow deutete auf die Wichtigkeit eines Dialogs hin. Hauptsache sei es, eine weitere Verschlechterung der Beziehungen nicht zuzulassen. Diesen sei bereits viel Schaden zugefügt worden, weshalb sie irgendwie wiederbelebt werden müssten, sagte der Kremlsprecher.

Peskow führte als Beispiel einer Bereitschaft Russlands zu einem Dialog die Reaktion Wladimir Putins auf die jüngsten undiplomatischen Äußerungen von US-Präsident Joe Biden an. Am 17. März hatte Biden in einem Interview mit ABC News gesagt, Putin werde "für die Einmischung in die Wahlen bezahlen" und nannte seinen russischen Amtskollegen indirekt einen "Mörder". Der russische Präsident wünschte Biden hingegen Gesundheit und schlug eine offene Online-Debatte vor.

Putins Reaktion sei eine Einladung zum Gespräch gewesen, die jedoch seitens der US-Regierung ohne Antwort geblieben sei, erklärte Peskow. Angesichts der derzeit beispiellosen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen wäre es für die Völker Russlands und der USA interessant zu verstehen, worüber und wie die Präsidenten miteinander sprechen, fügte der Kremlsprecher hinzu.

Peskow zufolge gibt es noch immer Themen, die Russland und die USA diskutieren müssen, darunter "strategische Stabilität, Rüstungskontrolle und Lösung regionaler Konflikte". Es sei besonders wichtig, den gemeinsamen Aktionsplan für das iranische Atomprogramm "sowie weitere globale Probleme" zu besprechen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6062f12748fbef25087b9252.jpg>

snanews.de: **Nord Stream 2: Russischer Rohrleger unterwegs zur Wirtschaftszone Dänemarks**

Zur Fortsetzung der Arbeiten an der Ostseepipeline Nord Stream 2 fährt das russische Rohrverlegeschiff „Akademik Cherskiy“ derzeit zur ausschließlichen Wirtschaftszone von Dänemark. Das teilte der Projektbetreiber Nord Stream 2 AG am Dienstag mit.

Die Verlegung der Rohre auf dem letzten Abschnitt der Leitung werde in Kürze anlaufen, hieß es.

Den Angaben zufolge baut der andere Rohrverleger – „Fortuna“ – im dänischen Gewässer den zweiten Strang der Pipeline fertig. Die „Akademik Cherskiy“ solle den Bau des ersten Stranges wiederaufnehmen.

Nur noch 148 Kilometer Rohre zu legen

Im vergangenen Dezember hatte die „Fortuna“ 2,6 Kilometer Rohre im Territorialgewässer Deutschlands verlegt. Nach Angaben der Nord Stream 2 AG sind nur noch 148 der insgesamt 2460 Kilometer langen Leitung zu bauen – 120 Kilometer im dänischen und rund 28 Kilometer im deutschen Territorialgewässer.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates des russischen Gaskonzerns Gazprom, Viktor Subkow, hatte am vergangenen Freitag mitgeteilt, dass die Ostseepipeline Nord Stream 2 im laufenden Jahr fertiggebaut werde.

Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2

Die Pipeline Nord Stream 2 hat einen geschätzten Wert von rund 9,5 Milliarden Euro. Erdgas aus Russland soll in die EU durch zwei parallel verlaufende Stränge von mehr als 2400 Kilometer Gesamtlänge fließen.

Der Anlandepunkt für Nord Stream 2 liegt am Greifswalder Bodden neben dem der ersten Nord-Stream-Leitung. Er wird mit der Gasaufnahmestation von Gascade - einer Tochter von Wintershall und Gazprom - verbunden. Die Gesamtfläche der Aufnahmestation beträgt 11,9 Hektar. In der Station wird das russische Gas noch einmal gefiltert, der Druck in der Rohrleitung gesenkt, das Gas angewärmt und gemessen. Anschließend kommt es über die Anbindungsleitungen NEL und EUGAL ins Gastransportsystem der Europäischen Union.

Gegner des Projekts

Mehrere Länder stemmen sich gegen das Projekt: Die Ukraine befürchtet schwere Einbußen nach einem möglichen Wegfall des russischen Gastransits durch ihr Territorium. Polen, Lettland und Litauen lehnen das Vorhaben als politisch motiviert ab. Und die USA wollen russisches Pipelinegas in Europa durch ihr deutlich teureres verflüssigtes Erdgas (LNG) ersetzen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1e/1504888_0:322:3067:2047_1440x0_80_0_0_e54afa949ca1abb03696f33e36bec4bd.jpg

snaneews.de: **Nach Covid-19-Bericht: Pompeo wirft WHO Desinformation vor**
Ex-US-Außenminister Mike Pompeo hat den jüngsten Bericht der
Weltgesundheitsorganisation WHO über die Herkunft des Coronavirus SARS-CoV-2 heftig kritisiert und seinen Autoren „Unterstützung der chinesischen Desinformationskampagne“ vorgeworfen.

„Eben deshalb hatte ich den USA empfohlen, die WHO zu verlassen“, schrieb Pompeo im Kurznachrichtendienst Twitter.

Der Politiker geht davon aus, dass das Virus ein Produkt des Virologie-Instituts von Wuhan sei. Zudem vermutet der Ex-Minister, dass WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus mit Chinas Staatschef Xi Jinping kooperiere, um „dem chinesischen Machthaber zu helfen, die Wahrheit über die Ausbreitung des Virus zu vertuschen“. Beweise für die „Verschwörung“ zwischen Ghebreyesus und Xi führte Pompeo nicht an.

Die WHO hatte am Dienstag den Bericht einer internationalen Expertengruppe in voller Länge publik gemacht. Bei ihren Ermittlungen in Wuhan gelangten die Fachleute zu dem Schluss, dass der Labor-Ursprung des Virus „sehr unwahrscheinlich“ sei.

Die Quelle des Virus konnte nicht gefunden werden. Die WHO empfahl den Experten, weiter zu suchen. In dem Bericht wurde die Vermutung bestätigt, dass das Coronavirus möglicherweise von Fledermäusen oder anderen Tieren auf Menschen übertragen worden war.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1e/1505694_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_efb604643f4e06ac1284febaad36d035.jpg

vormittags:

de.rt.com: UN-Bericht: Frankreich verstieß mit Luftangriff in Mali mit 19 Todesopfern gegen Völkerrecht

In einem Bericht werfen die Vereinten Nationen Frankreich vor, bei einem Luftangriff auf eine Hochzeitsgesellschaft in Mali völkerrechtswidrig 19 Zivilisten getötet zu haben. Paris weist die Anschuldigungen zurück. Man habe Terroristen angegriffen, heißt es.

Einem Bericht der Vereinten Nationen zufolge hat Frankreich unter Verletzung des humanitären Völkerrechts 19 Zivilisten getötet. Bei einem Luftangriff französischer Kampfjets soll eine Hochzeitsgesellschaft getroffen worden sein. Frankreich weist die Ergebnisse des Berichts zurück. Es habe sich um einen Angriff auf Terroristen gehandelt, heißt es aus Paris.

Die von der Mission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) durchgeführte Untersuchung wurde eingeleitet, nachdem Bewohner eines abgelegenen Dorfes in Zentralmali behauptet hatten, ein französischer Luftangriff habe am 3. Januar eine Hochzeitsgesellschaft getroffen und Zivilisten getötet.

Aus dem Bericht der MINUSMA geht hervor, dass an dem Ort des Angriffs eine Hochzeit stattfand, an der 100 Zivilisten und fünf bewaffnete Personen teilnahmen. Bei den Bewaffneten handelte es sich vermutlich um Kämpfer der dschihadistischen Gruppe Katiba Serma. Bei der Militäraktion kamen mindestens 22 Menschen ums Leben, von denen 19 vermutlich Zivilisten waren, so der Bericht. Hierin heißt es weiter:

"Die von dem Angriff betroffene Gruppe bestand überwiegend aus Zivilisten, die nach dem humanitären Völkerrecht geschützte Personen sind. Diese Attacke gibt Anlass zu ernststen Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der Grundsätze über die Führung kriegerischer Auseinandersetzungen."

Das französische Militär hat die Vorwürfe wiederholt zurückgewiesen und bleibt bei seiner Position, dass der Luftangriff Dschihadisten galt und diese tötete. Man bestreitet zudem, von einer Hochzeit in dem Dorf an diesem Tag gewusst zu haben. Auch nach der Veröffentlichung des UN-Berichts besteht das französische Verteidigungsministerium auf einer Zurückweisung der Anschuldigungen.

Das Dorf Bounti liegt in der Sahelregion Nordwestafrikas, wo Frankreich, Deutschland und die G5-Sahel-Gruppe, bestehend aus Burkina Faso, Tschad, Mali, Mauretanien und Niger, einen militärischen Konflikt gegen militante islamistische Gruppen führen. Zu diesen Gruppen gehören al-Qaida, Katiba Serma und die sogenannte Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (GSIM).

Frankreich hat kürzlich seine militärischen Partner in der Region um weitere Unterstützung gebeten. Deutschland lehnte die Bitte jedoch ab und erklärte, dass man sich auf das konzentrieren werde, was man bereits tut, anstatt weitere Truppen in das Gebiet zu entsenden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60638527b480cc41162e43d7.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. März 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

09:50 Uhr Pritschepilowka – **Donezkij**: automatische Granatwerfer (10 Schüsse);

11:00 Uhr Pritschepilowka – Donezkij: automatische Granatwerfer (5 Schüsse)

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Russland registriert weltweit ersten Corona-Impfstoff für Tiere**

In Russland ist nach Angaben der Agraraufsichtsbehörde Rosselchosnadsor der welterste Corona-Impfstoff für Tiere registriert worden. Das Serum Carnivac-Cov sei vom „Föderalen Zentrum für Tiergesundheitsschutz“ entwickelt und an verschiedenen Tierarten getestet worden.

„Carnivac-Cov ist der erste und derzeit das einzige COVID-19-Vorbeugemittel für Tiere in der Welt“, teilte die Behörde am Mittwoch mit.

Im Rahmen der klinischen Studien, die im Oktober begonnen hätten, sei das Vakzin an Hunden, Katzen, Polarfüchsen, Nerzen, Füchsen und anderen Tieren getestet worden, sagte der stellvertretende Rosselchosnadsor-Chef Konstantin Sawenkow.

„Die Ergebnisse lassen auf Sicherheit und hohe immunogene Aktivität schließen. Denn alle getesteten geimpften Tiere haben in 100 Prozent der Fälle Antikörper gegen das Virus entwickelt.“

Die Immunität halte mindestens sechs Monate an. Der Impfstoff soll im April in die Massenproduktion gehen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) können sich Hunde, Katzen und einige andere Tierarten mit COVID-19 anstecken. Im vergangenen Jahr waren Corona-Fälle auf mehreren Nerzfarmen gemeldet worden.

Tierfarmen aus Russland, Griechenland, Polen, Österreich, aber auch aus den USA, Kanada und Singapur hätten bereits Interesse an dem Vakzin bekundet, teilte Rosselchosnadsor mit.

...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0d/900625_0:304:2557:1742_1440x0_80_0_0_bce2a64238ab738607b72df6bab79d6f.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 30. März 3:00 Uhr bis 31. März 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Schusswaffen – einmal.

Richtung Donezk: Antipanzergrenatwerfer – einmal (2 Granaten).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Krasnyj Partisan, Mineralnoje.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 2.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 3 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Australien verhängt wegen Krim-Brücke weitere Sanktionen gegen Russland**

Wegen des Baus der Krim-Brücke hat Australien Sanktionen gegen vier Unternehmen und eine Person aus Russland verhängt. Dies gab die australische Außenministerin bekannt. Sie betonte, die Entscheidung sei in Abstimmung mit Kanada, Großbritannien und der EU gefallen.

Am Dienstag hat das australische Außenministerium bekanntgegeben, Canberra habe gegen eine natürliche Person und vier Unternehmen aus Russland, die am Bau der Krim-Brücke beteiligt sind, Sanktionen verhängt. Die australische Außenministerin Marise Payne teilte auf der Webseite der Behörde in einer Erklärung mit:

"Australien hat gezielte finanzielle Sanktionen und Einreisebeschränkungen gegen eine russische Person und vier russische Unternehmen verhängt, die mit dem Bau und Betrieb einer Eisenbahnbrücke über die Straße von Kertsch verbunden sind."

Payne fügte hinzu, dass die Entscheidung über die Beschränkungen in Abstimmung mit Kanada getroffen wurde und im Einklang mit den Maßnahmen des Vereinigten Königreichs und der EU steht. In der Erklärung wird betont, dass auf der australischen Sanktionsliste über die Ukraine aktuell 168 natürliche und 52 juristische Personen verzeichnet sind.

Laut der Erklärung unterstützt Australien weiterhin die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Payne zufolge ist die Kertsch-Brücke ein Versuch, die russische Kontrolle über die angeblich illegal annektierte Halbinsel Krim zu festigen.

Lug-info.com: In der LVR sind am 31. März um 9:00 Uhr 3682 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bisher 3056 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 320 Todesfälle.

snanews.de: **„Russische Hacker“ stahlen Tausende E-Mails des US-Außenministeriums – „Politico“**

Angeblich russische Hacker haben sich laut der Zeitung „Politico“ im vergangenen Jahr Zugang zu Tausenden E-Mails von Beamten des US-Außenministeriums verschafft.

Wie die Zeitung unter Berufung auf informierte Quellen am Mittwoch berichtet, erhielten die Hacker Zugang zu E-Mails im Büro des Außenministeriums für europäische und eurasische Angelegenheiten sowie im Büro für Ostasien und den Pazifik. Derzeit ist laut der Zeitung unklar, ob sie auch an Geheimdaten gelangt sind. Darüber hinaus sei nicht bekannt, ob dieser Angriff Teil des SolarWinds-Cyber-Hacks ist.

Im Dezember 2020 griffen Hacker zahlreiche Kunden des Computersicherheitsunternehmens SolarWinds an. Diese Attacke gilt als größter Hack seit Jahren. Die USA beschuldigten

Russland, in den Angriff verwickelt zu sein. Zweck der Attacke, von der auch US-Regierungsbehörden betroffen waren, ist laut Washington der Erhalt von Informationen. Die Organisatoren hätten sich aber keinen Zugang zu „sensiblen Informationen“ verschaffen können.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, wies die Vorwürfe zurück und erklärte, Moskau sei an keinen Cyberangriffen beteiligt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte auch, dass die US-Vorwürfe der Verwicklung Russlands in einen massiven Hackerangriff auf amerikanische Bundesbehörden unbegründet seien.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/1b/1467509_0:159:3076:1889_1440x0_80_0_0_98abdaef3fd71ee7a2c7d2edbe0862e6.jpg

Mzdnr.ru: Am 30. März wurden in der DVR 465 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 128 positiv, bei 21 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. Am 31. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 29.099 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5777 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.080 als gesund entlassen, es gibt 2242 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 76 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 7 weniger als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 63 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 958 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 495 mit Sauerstoffunterstützung (+21 in den letzten 24 Stunden).

Im Ergebnis von 99 Expressstests wurden 48 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 557 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

snaneews.de: **Zwei Personen wegen Spionageverdachts für Russland in Italien festgenommen**

Italienische Geheimdienste haben laut der Zeitung „La Repubblica“ zwei Personen wegen des Verdachts der Spionage für Russland festgenommen. Es geht um einen hochrangigen Offizier der italienischen Flotte und einen Vertreter der russischen Botschaft.

Die Inhaftierung fand statt, als der Italiener Geheimdokumente an den russischen Offizier im Austausch gegen Geld weitergab. Die Operation wurde nach einer langwierigen Untersuchung durchgeführt, an der das italienische Amt für Informationen und innere Sicherheit, die Spezialeinheit der italienischen Carabinieri (GIS), Vertreter des Geheimdienstes und des Verteidigungshauptquartiers des Landes teilnahmen.

Der italienische Außenminister, Luigi Di Maio, hat laut einem Facebook-Beitrag dem russischen Botschafter Sergei Razow den Protest der italienischen Regierung im

Zusammenhang mit der Inhaftierung eines russischen Offiziers wegen Spionagevorwürfen übermittelt und die Ausweisung von zwei russischen offiziellen Personen angekündigt. Wie die Zeitung aus der Pressemitteilung der Polizeieinheit ROS der italienischen Carabinieri zitiert, erklärte sich der italienische Offizier bereit, Geheimangaben gegen Geld zu tauschen, weil er „wahrscheinlich mit ernsthaften Problemen in der Familie konfrontiert war“. Inzwischen hat die russische Botschaft in Italien die Festnahme eines Mitarbeiters bestätigt. „Die Umstände des Vorfalls werden untersucht. Wir glauben, dass es momentan unangebracht ist, einen Kommentar abzugeben. Auf jeden Fall hoffen wir, dass das, was passiert ist, die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Italien nicht beeinträchtigt“, hieß es in einer Erklärung der Botschaft. Nach der Festnahme des russischen Diplomaten berief das italienische Außenministerium den russischen Botschafter ein.

nachmittags:

de.rt.com: **NATO-Abfangmission: "Auffallend viele" russische Militärflugzeuge gesichtet**
Binnen weniger Stunden musste die NATO zehn Mal Kampffjets entsenden, um russische Flugbewegungen genauer zu beobachten. Allerdings musste die NATO auch einräumen, dass gar keines der russischen Flugzeuge in den Luftraum eines NATO-Mitgliedsstaates eingedrungen war.

Innerhalb weniger Stunden Anfang der Woche seien – nach NATO-Angaben – nahe der Grenzen zum NATO-Luftraum "ungewöhnlich viele" russische Militärflugzeuge aufgetaucht. Abfangjäger aus verschiedenen NATO-Ländern stiegen deswegen sowohl über dem Nordatlantik, über der Nord- und der Ostsee als auch über dem Schwarzen Meer zu Einsätzen auf. Dies sei ein außergewöhnlicher Spitzenwert gewesen, meldete das Militärbündnis. Unter den dabei identifizierten Flugzeugen aus Russland waren nach Angaben des westlichen Bündnisses auch Überschallbomber vom Typ Tupolew Tu-160 (NATO-Codename Blackjack) sowie Langstreckenbomber vom Typ Tupolew Tu-95. Die Beobachtungsmissionen der NATO seien von Piloten aus Norwegen, Großbritannien und Belgien sowie aus der Türkei, Rumänien, Bulgarien und Italien geflogen worden, hieß es in der NATO-Erklärung. Insgesamt zehn Mal hätten Flugzeuge von verschiedenen NATO-Stützpunkten aus starten müssen, weil sich russische Maschinen bereits dem Luftraum von NATO-Mitgliedstaaten näherten. Es handelte sich dabei um insgesamt "sechs verschiedene Gruppen von russischen Flugzeugen in weniger als sechs Stunden", teilte ein NATO-Sprecher mit. Trotz dieser ungewöhnlichen Ballung von Vorfällen musste die NATO betonen, dass keines der russischen Flugzeuge in den Luftraum irgendeines NATO-Mitgliedsstaates eingedrungen war.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60644ff148fbef61586d2c75.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 31.03.2021**

In den letzten 24 Stunden vom 30. auf den 31. März hat der Gegner weiter Feuerprovokationen begangen.

In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **zwei Feuerprovokationen** auf das Territorium unserer Republik begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 72. Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Bogomolow von den Positionen in den Gebieten von Awdejewka und Troizkoje aus das Feuer mit Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen auf **Mineralnoje** und **Krasnyj Partisan** eröffnet.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 11 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

drei T-64-Panzer und sieben gepanzerte Militärfahrzeuge auf dem Gebiet eines Industrieobjekts in Konstantinowka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein Abwehrgeschütz auf dem Gebiet eines privaten Hauses in der Molodjoshnaja-Straße in Lebedinskoje.

Wie wir bereits erklärt haben, stellt unsere Aufklärung ein **regelmäßiges Erscheinen eines weißen SIL-131-Fahrzeugs mit Symbolik des GZKK** auf den Positionen der ukrainischen Kämpfer fest. Nach uns vorliegenden Informationen nutzt das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ den Lastwagen mit einem GZKK-Emblem **zur Lieferung von Munition für schwere Waffen** auf die Positionen der Kämpfer unter dem Anschein von humanitärer Tätigkeit. Außerdem ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dieses Fahrzeug als **Transportmittel für Diversions- und Erkundungsgruppen und Scharfschützengruppen** an die Frontpositionen der Kämpfer zu nutzen.

In diesem Zusammenhang haben wir uns an die ukrainische Führung im GZKK mit der Forderung gewandt, Erläuterungen zu diesem Sachverhalt abzugeben und derartige Provokationen unter Nutzung von Spezialfahrzeugen des GZKK einzustellen. Aber von der ukrainischen Seite ist keine Antwort auf die festgelegte Weise eingegangen, was nur die Begründetheit unserer Beschuldigungen bestätigt.

Gleichzeitig wurde das SIL-131-Fahrzeug mit dem Eblem des GZKK wieder von unserer Aufklärung bemerkt: am 29. März auf den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade und am 30. März im Verantwortungsbereich des 16. Bataillons der 58. Brigade im Gebiet von Schirokino und Wodjanoje. In diesem Zusammenhang schließen wir eine Verstärkung der Feuerprovokationen von den Positionen der Kämpfer in Richtung Donezk und Mariupol nicht aus, insbesondere während der Videokonferenz der Kontaktgruppe zu Fragen der Einhaltung der Minsker Vereinbarungen.

Um eine rechtswidrige Nutzung von Spezialfahrzeugen und Emblemen humanitärer Organisationen zu verhindern, wenden wir uns an die OSZE-Mission, damit sie diesen Sachverhalt nicht ohne Aufmerksamkeit lassen und auf die Verletzung der Genfer Konvention durch die ukrainische Seite reagieren.

Wir stellen weiter **nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Kämpfer im**

Zusammenhang mit Fällen von Geraten auf eigene Minensperren fest.

So geriet im Verantwortungsbereich der 58. Brigade bei der Beschaffung von Brennholz in einem Waldstück ein Soldat des 16. Bataillons, der Richtschütze Wojzechowskij auf eine Mine. In ernstem Zustand wurde er in ein Krankenhaus eingeliefert, wo ihm eine Gliedmaße amputiert werden muss.

Gleichzeitig erregen die **chaotische Verminung** nicht nur der Gebiete der Positionen, sondern auch allgemeiner Straßen sowie die zahlreichen Beschwerden der örtlichen Bevölkerung immer mehr die **Aufmerksamkeit internationaler Rechtsschutzorganisationen**. So wurde im Verantwortungsbereich der 36. Brigade die Aktivität von Vertretern der UN-Mission für Menschenrechte im Zusammenhang damit bemerkt, dass die OSZE-Mission Fälle von Verminung der Gebiet von Wodjanoje und Pischtschewik mit Antipanzerminen TM-62 festgestellt hat.

de.rt.com: "**Auf den letzten Metern bei Beschaffung von Sputnik**"

Österreich verhandelt mit Russland über die Lieferung von Impfdosen des in der EU noch nicht zugelassenen Corona-Impfstoffs Sputnik V. "Ich würde sagen, wir sind auf den letzten Metern, was die Beschaffung von Sputnik betrifft", sagte Bundeskanzler Kurz am Mittwoch.

Österreich steht kurz vor einer Bestellung des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V. Bundeskanzler Sebastian Kurz traf sich am Mittwoch mit dem russischen Botschafter in Wien, Dmitri Ljubinski. Die bisherigen Gespräche seien sehr gut gelaufen, teilte Kurz im Bundeskanzleramt mit. "Wir sind auf den letzten Metern und eine Bestellung von Sputnik kann wahrscheinlich schon nächste Woche erfolgen", zeigte er sich optimistisch.

Bereits am Dienstag wurde bekannt, dass Russland Österreich den in der EU noch nicht zugelassenen Impfstoff Sputnik V anbieten will. Im April sollen 300.000 Dosen, im Mai 500.000 Dosen und im Juni 200.000 Dosen verschickt werden. Kurz bestätigte die Verhandlungen und betonte, dass es beim Impfstoff keine geopolitischen Scheuklappen geben dürfe. "Wenn Österreich eine Million Impfdosen zusätzlich bekommt, wäre eine frühere Rückkehr zur Normalität möglich, und wir können viele Menschenleben sowie Arbeitsplätze retten", so Kurz.

Eine Kaufentscheidung sei allerdings noch nicht getroffen worden, betonte das Kanzleramt. Mittlerweile sprechen sich laut einer Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Research Affairs 69 Prozent der Österreicher für einen Ankauf von Sputnik V aus. Wie aus den Daten hervorgeht, können sich mehr als die Hälfte der Befragten vorstellen, sich damit impfen zu lassen. Der Zuspruch unter den Männern ist dabei höher als unter den Frauen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60647f3948fbef6175653372.jpg>

Mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR**

Oberleutnant I.M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung der Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Kämpfer der 14. Brigade haben in **Richtung Slawjanoserbsk** zwei Feuerprovokationen begangen und 15 Granaten in Richtung **Donezkij** abgefeuert. ...

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 14. Brigade wurde die Stationierung von zwei Schützenpanzern in deinem Wohngebiet von Orechowo und von einem Schützenpanzer in Krymskoje bemerkt.

Einheiten der 92. Brigade führen in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **technische Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen** im Gebiet von Solotoje durch, außerdem wurden **zwei Soldaten** des 1. Bataillons auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte **im Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln** im Gebiet von Solotoje bemerkt. ...

snanews.de: **Putin über zügellosen Kapitalismus: „Schuss ins eigene Knie oder eigenen Kopf“**

Ein zügelloser Kapitalismus ist nach den Worten von Russlands Präsident Wladimir Putin eine für den Staat, für die Gesellschaft und letztlich auch für die Wirtschaft zerstörerische Wirtschaftsform und daher abzulehnen.

Das Ziel allen Wirtschaftens sei es, Gewinn zu erzeugen, doch „ein normaler Mensch von heute, ein moderner Unternehmer ist sich darüber im Klaren, dass eine rückhaltlose Gewinnerzeugung, ein nackter und entfesselter Kapitalismus absolut nicht hinnehmbar ist“, sagte Putin anlässlich der Unterzeichnung einer Generalvereinbarung zwischen dem Russischen Gewerkschaftsverband, den Arbeitgebern und der russischen Regierung für den Zeitraum 2021 bis 2023.

Am Ende dieses rücksichtslosen Gewinnstrebens stehe doch die Zerstörung von Staat, Gesellschaft und der Wirtschaft selbst: Es sei ein „Autodafé“ und bedeute „einen Schuss ins eigene Knie oder in den eigenen Kopf“, so der russische Präsident bei der Unterzeichnungszeremonie.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/16/1398919_0:0:2907:1636_1440x0_80_0_0_544770368_fb17ce3f27362707a9363b0.jpg

abends:

de.rt.com: **Wladimir Putin verhandelt mit Emmanuel Macron und Angela Merkel über Sputnik V und Nawalny**

Am Dienstag haben der russische Präsident Wladimir Putin, sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel per Videokonferenz Gespräche abgehalten. Auf der Agenda standen unter anderem der Kampf gegen die Pandemie und der Fall Nawalny.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Thema Corona-Krise. Die Spitzenpolitiker betonten die Notwendigkeit, Kräfte zu bündeln, um gemeinsam gegen die COVID-19-Pandemie vorzugehen. Sie gingen auch auf die Möglichkeiten einer Kooperation vor allem im Impfstoffbereich ein, heißt es in einer Mitteilung des Kreml vom Dienstagabend.

Insbesondere tauschten sich die Staatschefs über die Aussichten einer Registrierung des russischen Impfstoffs Sputnik V in der Europäischen Union sowie mögliche Lieferungen und eine gemeinsame Produktion des Vazins aus.

Des Weiteren kam der Konflikt in der Ostukraine ins Gespräch. Dabei einigten sich Putin, Macron und Merkel auf die Minsker Abkommen als Grundlage für die Beendigung der Eskalation in dem Land. Der russische Präsident verwies auf die Unentbehrlichkeit einer Umsetzung aller zuvor auf höchster Ebene getroffenen Vereinbarungen durch die Behörden in Kiew und einer Aufnahme eines direkten Dialogs mit Donezk und Lugansk sowie einer Regelung der rechtlichen Aspekte des Sonderstatus des Donbass. Diesbezüglich sprachen sich Macron und Merkel für die Fortsetzung der Verhandlungen im Normandieformat aus.

Zur Lage der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union hob das russische Staatsoberhaupt die Bereitschaft Russlands für eine "Wiederherstellung einer normalen entpolitisierten Zusammenarbeit" im gegenseitigen Interesse hervor.

Außerdem äußerten sich Merkel und Macron im Fall des russischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny und den Bedingungen seiner Inhaftierung in Russland. Laut einer Mitteilung der Bundesregierung machten Macron und Merkel den russischen Staatschef in Bezug auf Nawalny auf die Notwendigkeit aufmerksam, "in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Menschen- und Grundrechte einzuhalten". Dem Pressedienst des Élysée-Palasts zufolge riefen die beiden Politiker Putin zudem dazu auf, Nawalyns "Rechte zu respektieren und seine Gesundheit zu erhalten". Laut dem Kreml wurden dem französischen Präsidenten und der Bundeskanzlerin entsprechende Erklärungen zu den objektiven Umständen in dem Fall gemacht.

Zu den weiteren angesprochenen Themen im Rahmen der Diskussion gehörten die Lage in Weißrussland, Syrien, Libyen sowie die Umsetzung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPOA) für das iranische Atomprogramm. Die Verhandlungen verliefen "in einer sachlichen und offenen Atmosphäre". Man habe vereinbart, die gemeinsame Arbeit in allen Punkten der aktuellen Agenda fortzusetzen, hieß es aus Moskau.



<https://cdn.rtr.com/deutsch/images/2021.03/article/60642667b480cc04a7497a55.JPG>